



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 888 890

P/XIV/259 - 13. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Würdiger Auftakt Zu Ollenhauers Rede auf dem Parteitag	80
3 - 4	Gegen die wirtschaftspolitische Spaltung Europas Appell der norddeutschen Küstenländer an Adenauer	57
5 - 6	Oberfaul Der prozeßscheue Adenauer/Kindt-Kiefer und der Bundeskanzler	59
7	Ernährung und Bevölkerung "Das Herzproblem unserer Existenz"	47

* * *
* * *

Würdiger Auftakt

sp - Es ist das historische Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, daß sie seit ihrem Bestehen Millionen Menschen in unserem Volk durch ihre politische Aktion und ihre geistige Arbeit das Rüstzeug für den notwendigen Kampf um die Demokratie, deren Festigung und Ausbau gibt.

Dieses Bewußtsein vermittelte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, wieder heute durch sein den Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg einleitendes Referat. Ohne Beschönigung und ohne jeden Versuch, die während der großen Programmdiskussion der vergangenen Monate innerhalb der Partei und in der Öffentlichkeit aufgetretenen Meinungsunterschiede zu verbergen, stellte Ollenhauer die Fundamente des demokratischen Sozialismus dar; klar in der Form und in der Interpretation.

Den Weg der Vergangenheit aufzeichnend, richtete Ollenhauer den Blick auf die Gegenwart und die Zukunft. Er sprach von den Sozialdemokraten in der sowjetisch besetzten Zone, die nicht das Programm mitgestalten konnten, für die es aber stellvertretend wirksam sein soll, bis zu dem Tage, an dem sie als freie Menschen an der Gestaltung eines für ganz Deutschland gültigen Programms des demokratischen Sozialismus mitwirken werden.

Das unmißverständliche Bekenntnis der SPD zur Menschenwürde und zu einer Ordnung in Freiheit für alle soll eine Ermutung für die Menschen in der Zone werden, die die Unterdrückung und den Terror nur ertragen können in der Hoffnung auf eine hellere Zukunft. Mit Dank erinnerte Ollenhauer auch daran, daß die Berliner Organisation der SPD aktiv an der Gestaltung des Programmentwurfs mitgearbeitet hat. Hier ist der Beweis für die geistige und politische Einheit der deutschen Sozialdemokratie.

In den vergangenen Monaten, als hier und dort Diskussionsergebnisse zum Programmentwurf bekannt wurden, hat man gelegentlich lesen und hören können, die Sozialdemokratie verleugne ihre Tradition. Die Antwort Ollenhauers hierauf ist bündig.

Die deutsche Sozialdemokratie bleibt fest verwurzelt in der Tradi-

tion der um Recht und Freiheit kämpfenden Arbeiterbewegung. Das neue Programm der Partei ist nicht denkbar ohne diesen historischen Hintergrund, und die Sozialdemokratische Partei kann auch in Zukunft nicht verzichten auf die starken Impulse, die ausgehen von der großen solidarischen Leistung, den geistigen und ethischen Kräften, die den Aufstieg der arbeitenden Menschen und die Entwicklung einer machtvollen Arbeiterbewegung erst ermöglicht haben. "Mit voller Überlegung", so rief Ollenhauer aus, "haben wir im Schlußteil des Programms den leidvollen, aber erfolgreichen Weg der Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis heute ins Bewußtsein gerufen."

Hier hat Ollenhauer die geschichtsbildende Kraft der freien deutschen Arbeiterbewegung gekennzeichnet und mit Recht daran erinnert, daß die deutsche Demokratie ohne diese Kraft niemals Gestalt angenommen hätte.

Konsequent ergibt sich hieraus auch die Widerlegung jener böswilligen Unterstellung der Gegner der Sozialdemokratie, die von einem angeblichen Materialismus der Arbeiterbewegung sprechen, weil sie wissen, daß sie in einer offenen und sachlichen Auseinandersetzung mit eben dieser freiheitlichen Arbeiterbewegung den Kürzeren ziehen würden. Das Bekenntnis zur Freiheit und zur Würde des Menschen erfordert das Bekenntnis zur Demokratie. Die Befreiung des Menschen von Not und Unterdrückung ist nur dauernd zu sichern durch den demokratischen Sozialismus.

Aus diesem Grunde kann und wird die Sozialdemokratie und ihre Programmatik nie orthodox sein. Sie bejaht die Demokratie nicht als Mittel zum Zweck; die Demokratie ist für die Sozialdemokratie ein unabdingbarer Bestandteil ihrer sozialistischen Vorstellungen von einer modernen Gesellschaft. "Sozialismus ist nicht möglich ohne Demokratie und erst in Sozialismus wird die Demokratie endgültig gesichert sein und zur vollen Entfaltung kommen."

Dieser wesentliche Inhalt ihrer Politik zeigt auch den klaren Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Der Kommunismus tritt die sozialistischen Grundwerte mit Füßen, seine Herrschaft beruht auf dem Machtanspruch einer Partei. Die politische Praxis des Kommunismus ist die Diktatur einer Partei, und deren Existenz beruht auf der Unterdrückung der Freiheit und Würde des Menschen. "Für den Sozialismus dagegen" - so stellt Ollenhauer fest - "bleibt die Freiheit des Menschen Richtschnur und Ziel all seines Wirkens, denn in der sozialistischen Gesellschaft wird der Mensch Mittelpunkt des Ganzen sein."

An diesem Wollen der Sozialdemokratie ist nichts zu deuteln. Die Elemente der Politik der deutschen Sozialdemokratie lassen sich nicht verfälschen. Die programmatische Aussage, die nach diesem Parteitag das Grundgesetz einer Gemeinschaft freier Menschen sein wird, soll in Zukunft auch ihr Wirken in der praktischen Politik bestimmen.

Gegen die wirtschaftspolitische Spaltung Europas

mu. - Die vier norddeutschen Küstenländer Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein haben sich zu einem bemerkenswerten Schritt bei Bundeskanzler Adenauer entschlossen. Sie liessen dem Kanzler am 9. November durch den Bonner Bevollmächtigten des Landes Schleswig-Holstein, Ministerialrat Dr. Clausen, ein gemeinsames Schreiben überreichen, in dem sie ihre Sorgen über die sich anbahnende wirtschaftspolitische Spaltung Europas zum Ausdruck bringen. Für den begrüssenswerteren Schritt von Bürgermeister Brauer, Senatspräsident Kaisen sowie der Ministerpräsidenten Kopf und von Hassel werden dem Kanzler in der "kleinen Denkschrift" gewichtige Argumente vorgetragen.

Die Austauschbeziehungen der vier norddeutschen Küstenländer zu den sieben Staaten der kleinen Freihandelszone aus Norwegen, Schweden, Dänemark, England, Portugal, Österreich und der Schweiz sind wesentlich intensiver als das im Bundesdurchschnitt der Fall ist. Dabei ist der Aussenhandel der Länder an der deutschen Küste besonders nach Skandinavien und Grossbritannien orientiert. Es besteht nun die Gefahr, dass dieser natürliche Handel von Küste zu Küste in den Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Nachteil der Küstenländer abgedrängt und dabei reduziert würde.

Die vier Küstenländer exportierten 1958 für rund 2,237 Milliarden DM in die kleine Freihandelszone. Dagegenüber wurden in die Staaten, die sich mit der Bundesrepublik als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gebildet hat, nur für rund 1,154 Milliarden DM exportiert. Aufgeschlüsselt nach Prozentsätzen ergibt sich, dass 1958 rund 33 Prozent der Ausfuhren der vier Küstenländer in das Gebiet der kleinen Freihandelszone geliefert wurden,

während der Export im Bundesdurchschnitt nur zu 27,5 Prozent in diesen sich herausbildenden neuen Wirtschaftsblock ging. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der Angabe über den Bundesexport auch die Lieferungen nach Portugal, Österreich und in die Schweiz enthalten sind, Exportrichtungen, die für Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen nur sehr geringe Bedeutung besitzen.

Es liegt auf der Hand, dass man im Norden an der Küste des Bundesgebietes die sich anbahnende Aufspaltung Europas in zwei sich gegenüberstehende Wirtschaftsböcke mit erheblicher Besorgnis entgegenseht. Man fürchtet um traditionelle Wirtschaftsbeziehungen nach Skandinavien und England, die dann unterbrochen werden könnten, wenn die Länder der Freihandelszone sich durch Zoll- und andere Bedingungen gegenseitig zu begünstigen aber auch gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit der Bundesrepublik abzuschirmen beginnen.

Die Regierungschefs der Küstenländer haben Bundeskanzler Adenauer aufgefordert, alle Möglichkeiten zu Verhandlungen nachdrücklich zu fördern, die schnellstens zu einer die beiden grossen europäischen Gruppen umfassenden Vereinbarung führen können. Das heisst nichts anderes als dass die Bundesregierung sehr schnell und sehr intensiv dafür eintreten soll, dass sich die beiden Wirtschaftsböcke, die in der CECE erfolgreich zusammengearbeitet haben, jetzt zusammenschliessen.

Die Tatsache, dass Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard eine Abschrift des Briefes an den Kanzler bekam, weist darauf hin, dass er der zuständige Mann ist, der den Schaden von der deutschen Küste abwenden soll, indem er sich für ein Zusammenlegen der beiden Wirtschaftsböcke noch betonter als bisher einsetzt.

Oberfaul

sp - Das muss man zugeben: Der Kanzler wird in der letzten Zeit von seinem Bundespressechef wirklich sehr schlecht bedient. Was Adenauer schlecht macht - Felix von Eckardt gelingt es, auch die grössten Fehler bis zur Katastrophe zu steigern.

Da soll Adenauer am 6. Juni 1949 in Genf dem damaligen Aussenminister Frankreichs, Bidault, gesagt haben, Berlin sei als zwölftes Bundesland nicht brauchbar, weil es eine sozialdemokratische Domäne sei, und es bedeute für ihn, den CDU-Chef, eine Hilfe bei den bevorstehenden Wahlen, (zum Bundestag 1949) wenn Bidault dazu beitragen würde, die Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik zu verhindern. Eine furchtbare Behauptung! Der Bundeskanzler von heute als Funktionär seiner Partei gegen Deutschland.

Denn was für Berlin gilt, das damals zur Diskussion stand, trifft auch und noch mehr auf Magdeburg zu, "die rote Stadt im roten Land" wie 1932 die Wahlparole lautete. Und es trifft auf Leipzig zu, auf Halle, auf Chemnitz, auf Zwickau, Rostock und Stettin, auf viele Städte und Kreise des Teiles Deutschlands, der heute unter sowjetischer Besatzungsmacht leben muss. Weil in den sowjetisch besetzten Gebieten Deutschlands Sozialdemokraten in grösserer Zahl als im Westen wohnen - sind sie deshalb weniger wertvoll und unentbehrlich für die Freiheit, für die Zugehörigkeit zu unserem gemeinsamen Vaterland - das ist Adenauers bisher tiefster Sündenfall - und er hat derer nicht wenige aufzuweisen.

Es gibt Zeugen für seine furchtbare Musserung in Genf, und einer von ihnen hat gesprochen: Adenauers politischer Freund und einstiger Helfer Kiadt-Kiefer. Der andere Zeuge, Bidault, schweigt. Er war damals Diplomat und er wird es von sich weisen, unter den veränderten Umständen von 1959 aufzuwerten, was zehn Jahre vorher

von dem mächtigen Mann der Besatzungsmacht Frankreichs mit Interesse und vielleicht mit Behagen zur Kenntnis genommen wurde.

Adenauer schweigt auch. Er liess seinen Aussenminister eine kaum dementierende, nur sehr allgemeine Bemerkung machen. Und dann trat Felix von Eckardt auf: Nein, der Kanzler werde Kindt-Kiefer nicht verklagen, um etwa eine Verleumdung gerichtsnoterisch zu machen. Da hat man denn doch zu viel Moral, denn - Eckardt hat es am 11. November 1959 vor der Presse gesagt - Kindt-Kiefer habe der CDU in früherer Zeit, als die Verbindungen nach Paris noch weniger eng waren, gute Dienste geleistet. Diese also rechnet Adenauer nun auf. Er, der rücksichtslos gegen seine politischen Gegner vorzugehen pflegt, der kein Maß kennt, wenn er angreift und der mit eisiger Kälte alle Bindungen aus den Gesetzen der Ethik abzuwerfen bereit ist, wenn er den "Feind" treffen will, als der ihm der Andersdenkende erscheint, dieser Mann wird plötzlich von Milde und Verstehen, von Gnade und Grossmut geleitet ...? Er muss seine Gründe haben, in diesem Falle.

Der Bundeskanzler, das ist festzustellen, verteidigt sich nicht gegen einen der ungeheuerlichsten Vorwürfe, die erhoben werden können, den Vorwurf, das Schicksal der Hauptstadt Deutschlands den vermeintlichen Interessen seiner Partei untergeordnet zu haben. Eckardts mühsamer Versuch, die Aussage Adenauers mit dem Hinweis zu entwerten, die Alliierten Stadtkommandanten hätten ohnehin die Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik nicht zugelassen, setzt in skandalösen Spiel den Trumpf. Als ob der Wille der Besatzungsmächte für die Haltung und Entscheidung der deutschen Politiker massgebend sein könnte, zumal, wenn es sich um die wichtigste aller Fragen der territorialen Folgen des verlorenen Krieges handelt. Eckardt hat mit diesem bösen Hinweis nur noch bestätigen können, welche Gesinnung sein Herr hinter dichtverschlossener Türen äussert.

Im Dezember fährt Adenauer zu de Gaulle und man wird wieder unter vier Augen sprechen ...

Ernährung und Bevölkerung

Zwei von drei Menschen hungern. Die Menschheit vermehrt sich schneller, als je zuvor, in einem Tempo, das die Fähigkeit der Welt, mehr Nahrungsmittel zu produzieren, zu überholen droht. Weltraumfahrten werden wohl kaum dazu beitragen, eines dieser Probleme zu lösen. Die schnelle Antwort - es handele sich nur um die Frage der besseren Nahrungsmittelverteilung - ist keine Antwort. Wenn der jährliche Nahrungsüberfluss der USA gleichmässig verteilt würde, würde das nur 90 zusätzliche Kalorien zur per capita Kost bedeuten. Um den jährlichen menschlichen Zuwachs zu ernähren, bedarf es heute einer Ernte, die einer Anbaufläche von 47 Millionen acres entspricht. Die Grenze der bebaubaren Reserven des Planeten könnte lange vor Ende dieses Jahrhunderts erreicht werden. Sich dem Wunschtraum hinzugeben, dass Raumschiffe und Algenfarmen die Welt aus dieser menschengeschaffenen Bevölkerungskrise herausangeln könnten, würde das Leiden verlängern und die Katastrophe beschleunigen.

In den Jahren 1957 und 1958 wuchs die Weltbevölkerung um 90 Millionen, das ist das Doppelte der Bevölkerungszahl von Frankreich! So etwas ist noch nie dagewesen. Wenn die Fruchtbarkeit in demselben Maße anhält und die Sterbeziffern weiterhin abnehmen, wird es im Jahr 2000 A.D. siebentausend Millionen Menschen auf dem Planeten geben. Selbst wenn die Fruchtbarkeit jetzt wie ein Wunder begierne abzunehmen, müsste man zur Jahrhundertwende mit einer Mindestbevölkerungsziffer von fünftausend Millionen rechnen.

In den entwicklungsfähigen Ländern besteht im allgemeinen eine jährliche Bevölkerungszunahme von zwei Prozent, in einigen beträgt sie über drei Prozent. China allein vermehrt die Weltbevölkerung jährlich um 13 Millionen. Nur Japan, hauptsächlich durch die drastische Anwendung der Schwangerschaftsunterbrechung, hat seine Geburtenrate auf die Hälfte reduziert. Heute lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Asien (ohne die UdSSR). Am Ende dieses Jahrhunderts werden es drei Fünftel sein.

Wenn die Bevölkerungszunahme seit Beendigung des zweiten Weltkrieges schon erschreckend ist, die Aussicht auf das Jahrhundertende ist gigantisch. 1975 wird die Bevölkerung der fortschrittlichen Länder 1,170 Millionen; die der entwicklungsfähigen 2,660 erreicht haben. Zweihunderttausend Jahre bedurfte die Welt, um eine Bevölkerungsziffer von 2,500 Millionen zu erreichen, um weitere 2,000 Millionen hinzuzufügen werden nur 30 Jahre benötigt.

Wir schwimmen gegen die Flut mit den Versuchen, dieses Wachstum einzudämmen, aber nachdem wir entdeckt haben, wie man die Wasser der Flut vermehrt, besitzen wir heute auch die Möglichkeiten, sie einzudämmen.

Ist die Menschheit reif genug, um ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen? "Die Zunahme der Weltbevölkerung während der nächsten 25 Jahre ... ist von einer Wichtigkeit, die wirtschaftliche und soziale Erwägungen übersteigt. Sie ist das Herzproblem unserer Existenz". (Aus "Population Bulletin", Washington)